

Substanzlose Endlagersuche

geschrieben von WebAdmin | 18. September 2016

Zum Artikel der F.A.Z vom 5. August: „Neue Köpfe für die Suche nach dem Atomendlager“ von Herrn Mihm habe ich den veröffentlichten Leserbrief vom 11. August in der F.A.Z „Substanzlose Endlagersuche“ geschrieben, der dieser unglaublichen Geschichte folgt.

**Wiesbadener Kurier,
26.09.16**

Die unglaubliche Geschichte von Gorleben, das weltweit zu den technisch aussichtsreichsten Endlagerprojekten gehört(e)!

„Neue Köpfe für die Suche nach dem Atomendlager“ F.A.Z:

„ ... Jetzt haben BGE und BfE auch Gesichter. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat deren Leiter ernannt. Es sind alte Bekannte, und sie bilden das Spektrum der politischen Farben ab: Schwarz, Rot und Grün. Die dem Ministerium unterstellte Endlagergesellschaft

***bekommt gleich drei Geschäftsführer:
Ursula Heinen-Esser, Ewold Seeba und
Hans-Albert Lennartz ...“ (F.A.Z. vom
5. August 2016)***

Dr. Barbara Hendricks SPD:

**BundesumweltministerIn, in deren
Ressort die Endlagerung bzw.
Untertagedeponierung von
radioaktiven „Abfällen“ liegt,
brilliert öffentlich mit ihren
markanten Ansichten zur Endlagerung:**

***. 2013: „Wir beginnen jetzt nach
strengen wissenschaftlichen
Kriterien die Suche nach einem
bestmöglichen Endlagerstandort
... Für sie als überzeugte
Christin sei es immer
,gotteslästerlich‘ gewesen,
dass Menschen dachten, sie
könnten etwas für Millionen
Jahre garantieren ...“ (RHEINISCH***

*POST vom 21.12.2013). Dazu sei
angemerkt:*

- Das soll wohl bedeuten, dass nach ihrer Meinung die bisherigen Untersuchungen und Ergebnisse von Gorleben nicht nach strengen wissenschaftlichen Kriterien durchgeführt worden sind. Darauf kann man nur mit einem Sprichwort antworten: Schuster bleib bei Deinem Leisten.
- Es ist im wahrsten Sinne des Worte realitätsfremd, einen „bestmöglichen“ Standort zu fordern. Gefragt ist ein lange Zeit sicheres Endlager bzw. eine für eine lange Zeit sichere Untertage-Deponie (Synonyme). Denn bei der Forderung ‚bestmöglich‘ müssten dafür mehrere Standorte bis zur Eignungsaussage untersucht und diese Ergebnisse dann miteinander verglichen werden, ohne

dabei den sichersten Standort wirklich zu finden, denn es könnte ja noch einen besseren geben, der nicht untersucht wurde.

– Auch ist es fachfremd, ein für eine lange Zeit sicheres Endlager/Untertage-Deponie zu konzipieren, bei dem für 300 Jahre eine Rückholung der „Abfälle“ möglich sein soll: Ein Friedhof kann nicht gleichzeitig ein Krankenhaus sein. Ende ist Ende. Diese Forderung hat keinen rationalen, sondern einen taktisch geschickten ideologischen Hintergrund. Mit ihr ist das viel versprechende geologische Medium Salz aus dem Rennen, denn Salz schweißt als einziges den „Müll“ sehr schnell für lange Zeit sicher ein – und damit ist Gorleben mit dieser eigentlichen sicheren Lösung vom Tisch. Für Zwischenlager eignen sich Stollen oder Hallen.

– Abgebrannte Brennelemente haben nach ca. 600.000 Jahren den Wert der natürlichen Strahlung erreicht. Kokillen mit „Abfällen“ aus wieder aufgearbeiteten Brennelementen nach ca. 300.000 Jahren und der „Müll“ aus „transmutierten“ Brennelementen nur noch nach ca. 300 Jahren. Warum dann die Forderung für eine Million Jahre? Diese Thema wurde wohl aus gutem Grund in dem Kommission-Bericht (Kapitel 542, Teil B, S.128) kaum angesprochen, obwohl es von kompetenten Fachleuten des Instituts für Festkörper-Kernphysik gGmbH Berlin, also von außerhalb der Kommission Vorschläge, dazu gegeben hat (Ruprecht, G.: 10.06.16 EIKE: Das Ende der Endlagerkommission).

. 2014: am 10. April (ZEIT ONLINE, NEWSTICKER) machte sie die Aussage „ ... sie hält ein Ausscheiden des Salzstocks

Gorleben aus der Suche nach einem Atommüll-Endlager für möglich. Sie könne es sich 'sehr gut vorstellen', dass Gorleben nach wissenschaftlichen Kriterien nicht in Frage kommt. Eine 'politische Vorfestlegung' gegen Gorleben könne es aber nicht geben, betonte sie. Gorleben müsse genauso untersucht werden wie alle anderen denkbaren Standorte...". Die Ergebnisse der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG)“ scheinen ihr vorenthalten worden zu sein. Auch im Endlagersuchgesetz steht etwas anderes.

. 2016: am 5.7.2016 um 17.51 Uhr sagte sie im NDR: „ ... sollten wir uns hüten, bei der

Bewältigung dieser Jahrtausendaufgabe auf Zeit zu spielen ...“.

Diese Einschätzung könnte heute schon überholt sein. Siehe meinen folgenden Leserbrief vom 11.08.2016.

Ursula Heinen Esser:

. Diplom-Volkswirtin; seit 1983 Mitglied der CDU: Politikerin, von 2009 bis 2013 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, zuerst unter Norbert Röttgen, dann unter Peter Altmaier. Damals hatte sie die Verlängerung der AKW- Laufzeit unterstützt und im „Untersuchungsausschuss“ zu Gorleben die Meinung der CDU/CSU und FDP mitgetragen: *„aus heutiger Sicht sei die Erkundung (von Gorleben) geradezu beispielhaft und*

fortschrittlich“.

. In dieser Legislaturperiode hat sie das Endlagersuchgesetz mitgestaltet, mit dem Gorleben „quasi“ verboten worden ist, war Vorsitzende der Atommüll-Kommission und wurde nun Vorsitzende der Geschäftsführung der neu gegründeten Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

. Zur Asse schrieb sie einmal als Antwort auf Nachfrage von Bärbel Höhn, B'90/DIE GRÜNEN,

„Um den beobachteten Anstieg der Krebsfälle durch Strahlung erklären zu können, müsse die Dosis etwa 10 000 Mal höher sein als beobachtet“.

Trotzdem unterstützt sie später als

Mitglied der „Frauenkonsensgruppe Asse“, bestehend aus Vertreterinnen der CDU, FDP, SPD und B'90/DIE GRÜNEN, die jeder strahlenrelevanten Vernunft widersprechende Rückholung der nur noch schwachen und immer schwächer werdenden radioaktiven Abfälle (Halbwertzeiten), deren Zwischenlagerung und deren erneute Entsorgung in der Untertage-Deponie „Schacht Konrad.“ In La Paz, Bolivien, das knapp zwischen 3500 und 4000 m über NN liegt, ist die ewige natürliche Strahlung beträchtlich höher als bei der Asse. Dort leben mehr als 800.000 Menschen. Sie werden nicht evakuiert.

Dieser kurze Abriss zeigt beispielhaft, wie bei der Endlagerwende ein politisch hochgelobter, sehr teurer Konsens gegen einen vielfach dokumentierten fachlich positiven Kenntnisstand der

vorigen Endlagerung an den Bürgern vorbei sich durchgesetzt hat. Dies ist ein Rückschritt beim heutigen rasant wachsenden Wissen- und Technologiefortschritt. Hauptsache, man kann dieses Vorgehen für politische und auch eigene Zwecke nutzen wie im DER SPIEGEL zu lesen ist: *„... es geht auch um Pfründe und Einfluss, um Gefälligkeiten und Personalpolitik und um die Frage, wer sich den Zugriff auf die wichtigsten Posten sichern kann ...“*. Und es ist auch ein nicht zu übersehender Hinweis der CDU, zum Machterhalt auf die ökologistischen Wünsche ihres zukünftigen Wunsch-Koalitionspartners B'90/DIE GRÜNEN einzugehen, wie wir schon vor zwanzig Jahren in unserem Politthriller „DIE GERMAN ANGST“ im letzten Kapitel angedeutet haben. Dort sagte der romanhafte Vater des Ökosozialismus Karl: *„... Denn jetzt*

betteln sogar die Konservativen schon bei seinen ideologisch gestählten Polittruppen darum, sie bei ihrem Wunsch zum Machterhalt zu unterstützen. ...“ Ein Wunsch-Partner, der weiterhin mit demokratisch nicht legitimierten und um Spenden buhlende Hilfstruppen, wie beispielhaft den NGOs, taktisch geschickt Angst vor Allem erweckt, um weiter an der Macht zu bleiben. Und dann dürften diese auch schnell im politischen Konsens eine hoch subventionierte totale Kohlenstoffwende für Deutschland einfordern. Laut der F.A.Z. vom 27. August fand in diesem Sinne ein gemeinsames Abendessen zwischen der Bundeskanzlerin (CDU) und dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg (B'90/DIE GRÜNEN) statt, der angeblich meint: „... Schwarz-Grüne passe in die Zeit“!

„ ...In der Rolle folgen wird ihm der heutige Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König. Der ausgewiesene Entsorgungsexperte König ist 58 Jahre alt, Mitglied der Grünen und war einmal Umwelt-Staatssekretär in Sachsen-Anhalt. Er leitet das BfS, das mit der neuen Behördenstruktur zahlreiche Aufgaben abgeben muss.“ (F.A.Z. vom 5. August 2016).

Wolfram König:

1998 nach der Machtübernahme der Regierung durch die SPD und durch das B'90/DIE GRÜNEN wurde von dem grünen Politiker Trittin, neuer Bundesumweltminister, umgehend sein Parteigenosse König zum Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz

(BfS) ernannt. Mit dieser Auswahl eines Fachfremden wurde schnell erkennbar, dass damit eines der wichtigsten strategischen Ziele der rot-grünen Regierungskoalition erreicht war: Aus der Behörde von innen heraus taktisch, medial und publikumswirksam zusammen mit politisch gleich gesinnten NGOs die Endlagerung in Deutschland subtil zu stören, zu verzögern, zu unterbrechen und letztendlich zu verhindern. Dieses Ziel hat er inzwischen erfolgreich erreicht. Trotzdem wird er heute als ausgewiesener Entsorgungsexperte gelobt. Zynischer kann man diese Einschätzung der Öffentlichkeit nicht näher bringen.

. 2000: zehnjähriges Moratorium für weitere Untersuchungen in Gorleben durchgesetzt.

. 2001: Ergebnis der Bewertung des

Moratoriums durch eine Internationale Expertengruppe (IEG): Ein Moratorium ist fachlich nicht gerechtfertigt. Wird vom BfS nicht zur Kenntnis genommen, denn es wird in keinem vom BMU und BfS initiierten Bericht erwähnt. Passte wohl nicht in das politische Konzept des BfS!

. 2001(11. Juni) Vereinbarung zwischen Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen, dass nichts gegen Gorleben spricht.

. 2002: Das Ergebnis des Abschlussberichtes des unabhängigen Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd), den der damalige Bundesumweltminister Trittin 1999 vergeben hat, lag vor. Der Arbeitskreis hatte die Aufgabe, alle fundierten Kriterien aufzustellen und zu bearbeiten, die bei einer landesweiten Endlagersuche

wichtig sind. Dort sind praktisch schon alle Endlager-relevanten Themen ausführlich behandelt, wie z.B. unterschiedliche Gesteinsformationen, Erkundung, Strahlenschutz, Langzeitsicherheit, Auswahlverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung, Chancen für die Entwicklung der Standortregionen und vieles mehr. Trotzdem werden jetzt nach der Endlagerwende nochmals die gleichen Kriterien erarbeitet, das heißt, das Rad der Erkenntnis soll unter enormen personellem und monetärem Aufwand neu erfunden werden.

. 2002: Anstatt die damals schon versprochene deutliche Verbesserungen der Transparenz ab jetzt durch eine sachliche und vollständigen Öffentlichkeitsarbeit zu realisieren, wie es in dem AkEndbericht (*Kapitel 3*) sehr deutlich beschrieben wird, wurde vom

BfS im Tagesgeschäft zum Thema Gorleben genau das Gegenteil gepflegt.

. 2003 – 2005: Beauftragung der BGR durch das BfS, eine Gesamtanalyse zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen in Deutschland zu erstellen: Ergebnis: positive Bewertung der geologischen Befunde zu Gorleben. Nichts spricht gegen eine Weiterführung der Untersuchungen.

. 2005: Die von der rot-grünen Bundesregierung erhobenen Zweifelsfragen von 2001 sind mit dieser Einschätzung abgearbeitet. Trotzdem wird das Moratorium nicht aufgehoben.

. Seit 2000: Positive Verlautbarungen zu Gorleben, die vom BfS der Öffentlichkeit sehr zurückhaltend mitgeteilt wurden:

**– Zwischen der
Bundesregierung und dem BfS**

– des Bundesrates

**– des
Bundesrechnungshofes**

**– und von zahlreichen
anerkannten Sachverständigen.**

**. Seit 1997: Unwidersprochene
negative Verlautbarungen zu
Gorleben:**

**– jahrzehntelang von
NGOs wie Greenpeace; BUND etc.**

**– Gruppe Ökologie (1998)
im Jahresbericht der Heinrich Böll
Stiftung**

**– in der
Koalitionsvereinbarung zwischen der
SPD und B'90/DIE GRÜNEN (1998) etc..**

. 2010: In einer gemeinsamen Erklärung von Bundesminister Röttgen und vom Präsidenten König (BfS) heißt es: Zum 1. Oktober wird das Moratorium wieder aufgehoben.

. 2013: Der 424 seitige Bericht „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (VGS)“, der die Ergebnisse zahlreicher Einzelberichte von insgesamt 5628 Seiten zusammenfasst, erstellt unter der Leitung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), der knapp 8 Millionen Euro gekostet hat, enthält keine Aussagen, die gegen die Eignung von Gorleben sprechen. Der Gesamtbericht ist für Jedermann im Internet zu finden und kann von jedem, der lesen kann, gelesen werden.

. 2014: Trotzdem wurde im Konsens aller Parteien die ursprünglich geplante Bewertung des Berichtes

durch eine neutrale Peer-Review-Fachgruppe beauftragt, entweder durch die EU, die IAEA oder die OECD/NEA, am 27. Juli 2014 also schon nach vier Tagen panikartig abgesagt, nachdem diese Vergabe durch das Endlagersuchgesetz am 23. Juli 2014 per Gesetz verboten worden ist. Diese Panik beweist die Riesenangst der Anti-Gorleben Ideologen in der Regierung vor der fachlichen Bewertung der VSG-Studie durch eine neutrale Instanz – genauso wie der Teufel eine Riesenangst vor dem Weihwasser hat. Warum wohl?

. 2014: die Ergebnisse des GRS-Studie, die vom BfS wie häufig bei anderen positiven Bewertungen von Gorleben auch nicht aktiv und mediengerecht verbreitete oder nicht verbreitet werden durften, waren dem Niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel (B'90/DIE GRÜNEN)

anscheinend auch nicht bekannt. Denn in seiner Antwort auf die von der FDP parlamentarisch vorgebrachte Frage, welche Fakten gegen eine Eignung von Gorleben sprächen, hat er nur die 9 kurzen, negativen Meinungsäußerungen (17. Wahlperiode Drucksache 17/1799) genannt, die fast ausschließlich in den späten 90iger Jahren von seinen grünen Parteigenossen und NGOs erstellt wurden. In mehreren Fällen mussten die Ergebnisse von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) inhaltlich korrigiert werden. Die positiven Ergebnisse der VSG-Studie wurden wohlweislich nicht genannt. Warum wohl? Kannte er sie nicht oder wollte er nicht?

. 2016: Wenzel und König verkünden am 16. Mai (wendland-net.de), dass sich die Arbeiten zur Vorbereitung des Offenhaltungsbetriebes verzögern werden. Deshalb muss der

**Hauptbetriebsplan bis zum 31.12.2017
notgedrungen verlängert werden.**

**. 2016: In seinem Leserbrief vom 03.
Mai 2016 in der F.A.Z und in
mehreren anderen Zeitungen
„Millionenschwere Subvention“ meint
Herr Amannsberger, früherer Leiter
des Präsidial-Büros im BfS, dass
alle Kosten für Gorleben aus Gründen
des Verursacherprinzips, verbunden
mit Kapitalismuskritik, von der E-
Wirtschaft zu tragen sind. Dabei
verleugnet er wider besseres Wissen
– er gehörte ja zu den Insidern –,
dass in Wirklichkeit die wahren
Verursacher der immensen zukünftigen
Kosten die Politik aller Parteien
ist. Kann man hier möglicherweise
noch den langjährigen Geist des BfS
erkennen?**

**Mit der Regierungsübernahme von SPD
und B'90/DIE GRÜNEN in 1998 und der
seit 2013 bestehenden Großen**

**Koalition von CDU/CSU und SPD,
insbesondere nach der Fukushima
Havarie, wurde die von der grünen
Bewegung taktisch sehr geschickt
gesteuerte „Quasi-Zerstörung“ von
Gorleben erreicht. Bei der Wende zur
neudeutschen Endlagerung handelt es
sich nicht um eine**

objektive Entscheidung, sondern um eine
machtpolitische. Wie mit der „Energiewende“ des grünen Masterminds Baake und wie auch
mit der „Endlagerwende“ des grünen Masterminds König sind nicht nur für grüne
Parteigenossen langfristig lukrative Beamtenstellen sowie eine ausufernde Bürokratie
geschaffen worden, sondern es wurde eine weitere, sehr sehr teure Sackgasse für die
Steuerzahler geöffnet, die von der deutschen Öffentlichkeit erst mittelfristig erkannt
werden wird. Denn schon heute stellt sich die spannende Frage, ob man überhaupt noch
ein Endlager in 50 Jahren für den dann wertvollen Energie-Rohstoff „Atommüll“ benötigt.

**Der
ökosozialistische Zeitgeist hat es
geschafft!**

**Gorleben ist
Geschichte!**

**Mit dem noch verbleibenden
Galgenhumor kann man die heutige
Situation** in Deutschland nur noch in einem Gedicht zusammenfassen

Minister Stefan Wenzel lud am 28

***Juli ein; ein "großes Gespräch"
sollt' es sein.***

***Im Leineschloss traf sich die Runde,
beharkte sich so manche Stunde.***

***Man labert und man diskutiert – ob
dies auch zum Konsens mal führt?***

***Was ist das Fazit denn gewesen? Man
konnte es in der Zeitung lesen:***

***Statt "Konsens" nur "Nonsensens" –
leider! Nur Rechthaberei –***

bringt die uns weiter?

***Wer löst die Fragen aller Fragen,
die ungelöst in all den Tagen?***

***Wo bleibt der Müll, der atomare?
Hier gibt es Streit schon viele
Jahre!***

***Ich sehe für die Lösung schwarz!
Beginnt die Suche man am Harz?***

**Versucht man es am Nordsee-Strand?
Oder anderswo im Land?**

**Der Schwarzwald käme auch in Frage –
dort im Granit, tief unter Tage...**

**Doch unser Landesbischof Meister
reaktiviert nun alte Geister,**

**indem er lautstark konstatiert: Die
Wissenschaft hat sich geirrt!**

**Die Theologie besitzt die Wahrheit –
das sage ich in aller Klarheit.**

**(Galileo musst' es einst schon
spüren und seine Thesen revozieren...)**

**Gemeinsam gehen sie jetzt ran: Bei
„Null“ fängt alles wieder an.**

**Die Theologen vorneweg; zieh'n sie
die Karre aus dem Dreck?**

**Gestützt von Greenpeace, NABU, BUND;
läuft künftig dann die Sache rund?**

*Bin schon gespannt, ob das was
bringt und ob es wirklich jetzt
gelingt,*

*zu einem Standort „ ja“ zu sagen,
statt alte Schlachten neu zu
schlagen!*

Rudolf Eberhart, Gedichtesammlung

Eigenverlag, NAEBev

**Substanzlose
Endlagersuche (Mein
veröffentlichter
Leserbrief vom
11.08.2016 in der
F.A.Z.)**

**Zum Artikel „Neue Köpfe für die
Suche nach dem Atomendlager“ (F.A.Z.
vom 5. August). Die neue**

Bundesgesellschaft für Endlagerung und das ebenfalls neue Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit sowie das verkleinerte Bundesamt für Strahlenschutz sollen in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland ein Endlager errichten, um den Atomabfall eine Million Jahre langzeitsicher zu vergraben. Bei diesem über mehrere Jahrzehnte dauernden und sehr teuren Unterfangen scheinen jedoch physikalische und chemische Gesetze sowie absehbare technische Entwicklungen außer Sichtweite geraten zu sein. Der sogenannte „Atom Müll“ ist eine nationale und nachhaltige Energie-Rohstoff-Reserve für Deutschland, die die natürlichen Energieressourcen (Öl, Gas, Kohle, Uran) schonen kann: Abgebrannte Brennelemente enthalten energetisch nutzbare Nuklide, die heute schon bei wieder aufgearbeiteten

Brennstäben eingesetzt werden. Die dabei entstehenden Reststoffe lassen sich in einer zweiten Recyclingstufe mittels des Transmutationsverfahrens zu neuen Brennstäben verarbeiten und abermals zur Stromerzeugung nutzen. Obwohl dieses Verfahren heute weder technisch noch ökonomisch voll ausgereift ist, wird in zahlreichen Ländern an seiner Optimierung gearbeitet. In Russland werden sogar heute schon nach diesem Verfahren hergestellte Brennelemente in Kernkraftwerken eingesetzt. In den nächsten Jahrzehnten dürfte sich außerhalb Deutschlands dieses zweite Recycling von sogenanntem „Atommüll“ weltweit als wichtiger Beitrag zur Stromerzeugung erweisen und zwar noch bevor ein Endlagerstandort in Deutschland gefunden, untersucht und genehmigt ist: Geschieht das im Jahre 2050 oder 2060? Diesen Standort würde man dann nicht mehr

benötigen, da die nach der zweiten Recyclingstufe verbleibende Strahlung des restlichen Atommülls schon nach etwa 300 Jahren der natürlichen Strahlung entspricht. Oberflächlich wirkt das Konzept der deutschen Endlagerpolitik ausgearbeitet und beeindruckend, es fehlt ihm jedoch aus wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründen jede Substanz.